

Vorlage Stadtparlament

Datum	7. November 2023
Beschluss Nr.	3345
Aktenplan	152.15.12 Stadtparlament: Interpellationen

Interpellation GRÜNE / Junge Grüne, SP/JUSO/PFG: Mitgliedschaft der Stadt St.Gallen in der internationalen Organisation «Mayors for Peace» (Bürgermeister/-innen für den Frieden)?; schriftlich

Die Fraktionen GRÜNE / Junge Grüne und SP/JUSO/PFG sowie weitere mitunterzeichnende Mitglieder des Stadtparlaments reichten am 12. September 2023 die beiliegende Interpellation «Mitgliedschaft der Stadt St.Gallen in der internationalen Organisation «Mayors for Peace» (Bürgermeister/-innen für den Frieden)» mit insgesamt 36 Unterschriften ein.

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation wie folgt:

1 Ausgangslage

Die Stadt St.Gallen engagiert sich in vielen Organisationen, die sich mit Aufgaben kommunaler Körperschaften befassen. Hervorzuheben sind hier die Mitgliedschaft im Schweizerischen Städteverband (SSV) oder in der Vereinigung St.Galler Gemeindepräsidentinnen und -präsidenten (VSGP). Das Engagement beinhaltet die Bezahlung eines Mitgliederbeitrags, vor allem aber auch die aktive und intensive Mitarbeit in Arbeitsgruppen und Projekten.

Es gibt viele fachspezifische Organisationen und Gremien über den SSV und die VSGP hinaus, in denen Mitglieder des Stadtrats, Kadermitglieder der Stadtverwaltung sowie Fachspezialistinnen und Fachspezialisten ihr Wissen mit Kolleginnen und Kollegen aus anderen Städten und Gemeinden teilen. Ziel ist es, gemeinsam in Vorständen oder Arbeits- und Projektgruppen Fortschritte für den jeweiligen Fachbereich und für alle Mitglieder solcher Vereinigungen – vor allem aber auch für die Stadt St.Gallen für die tägliche Aufgabenerfüllung gemäss Zuständigkeitsordnung – zu erzielen.

Davon zu unterscheiden sind die vielen und zum Teil wiederkehrenden Anfragen an die Stadt St.Gallen betreffend die Mitgliedschaft bei Organisationen, den Erwerb von Labels oder die Unterstützung von Chapters, Chartas, Resolutionen, Appellen, Städtenetzwerken, Städtekoalitionen, Gedenktagen, Aufrufen oder die Beteiligung beim Hissen von bestimmten Flaggen oder beim «Posten» oder «Liken» von Social-Media-Inhalten.

Die Stadt lässt sich bei der Frage einer Mitgliedschaft oder Unterstützung jeweils in erster Linie davon leiten, ob die verfolgten Ziele in den Zuständigkeitsbereich einer kommunalen Verwaltung wie der Stadt St.Gallen fallen, und in zweiter Linie, ob die Mitgliedschaft bei dieser Aufgabenerfüllung im Alltag oder beim täglichen Zusammenleben in der Stadt St.Gallen etwas bewirkt oder ob sie den Stadtrat

und seine Verwaltung bei der Erreichung von Zielen im Interesse der städtischen Bevölkerung und Umwelt unterstützt. Beispielhaft genannt seien das Label UNESCO-Weltkulturerbe für den St. Gallen-Stadtbezirk und die Charta zum Welterbe; die Initiative Blue Community, das Label Energiestadt, das Label Reformationsstadt Europas, das Label clevermobil in St. Gallen, das Label Swiss Innovation Park, das Label «Fourchette verte – Ama terra», die Charta über das friedliche Zusammenleben der Religionen (St. Gallen Erklärung), die Europäische Städtekoalition gegen Rassismus, der Städtebund Bodensee mit seiner Charta der Zusammenarbeit, die Charta Sozialhilfe Schweiz oder der ICAN-Städte-Appell (International Campaign to Abolish Nuclear Weapons).

Falls der Stadtrat oder die Stadt St. Gallen bei Anfragen keine Mitgliedschaft oder Unterstützung beschliesst, soll dies nicht als Aussage oder Haltung missverstanden werden, wonach der Stadtrat die Sinnhaftigkeit des Anliegens abstreiten würde. Vielmehr ist der Stadtrat in solchen Fällen der Meinung, dass eine kommunale Verwaltung wie die Stadt St. Gallen nicht zuständig ist oder auch nichts Effektives bewirken kann und eine Mitgliedschaft, eine Unterstützung, eine Unterschrift oder ein Appell rein deklaratorisch bliebe.

2 Beantwortung der Fragen

1. Wie beurteilt der Stadtrat die Sinnhaftigkeit der Existenz der Vereinigung «Mayors for Peace»?

Das internationale Netzwerk «Mayors for Peace» verfolgt das Bestreben nach einem weltweiten Frieden und der Abschaffung aller Atomwaffen, um den nächsten Generationen eine sichere, saubere, nachhaltige und friedliche Welt zu hinterlassen. Diese Forderung entspricht einem grundlegenden menschenrechts- und sicherheitspolitischen Anliegen, weshalb jegliche entsprechende Bemühungen Respekt und Anerkennung verdienen. Mit der Unterstützung des ICAN-Appells untermauert der Stadtrat, dass er Bestrebungen zur Abschaffung von Atomwaffen begrüsst.

2. Wie stellt sich der Stadtrat zur Mitgliedschaft der Stadt St. Gallen in der internationalen Organisation «Mayors für Peace» (Bürgermeister/innen für den Frieden)?

Das Netzwerk «Mayors for Peace» hat seine Hauptziele der weltweiten nuklearen Abrüstung sowie der Solidarität zwischen den unterschiedlichen Kulturen in den letzten Jahren um humanitäre Zielsetzungen wie Armuts- und Hungerbekämpfung, Umweltschutz, Wahrung der Menschenrechte und Hilfe für Flüchtlinge ergänzt.

Die Generalversammlung findet alle vier Jahre statt, abwechselnd in Hiroshima und Nagasaki.

Den Mitgliedsstädten werden Aktivitäten angeboten:

- Samen von Bäumen, die die Atombomben überlebt haben;
- Jugend-Förderprogramme «Frieden und Austausch»;
- Bilderwettbewerb für Kinder;
- Posterausstellungen zum Thema Atombomben;
- Virtuelle Zeugenberichte von Überlebenden des Atombombenabwurfs auf Hiroshima.

Aus der Sinnhaftigkeit der Bemühungen von Mayors for Peace lässt sich nicht direkt der Umkehrschluss ziehen, dass die Stadt bei Organisationen Mitglied sein soll, welche Aktionen gegen den Einsatz von Atomwaffen unterstützen. Wie einleitend beschrieben, orientiert sich der Stadtrat bei der Entscheidung

über den Beitritt zu einer Organisation in erster Linie daran, ob die verfolgten Ziele in den Zuständigkeitsbereich einer kommunalen Verwaltung wie der Stadt St.Gallen fallen. Im vorliegend diskutierten Fall liegt die Zuständigkeit für Aussenpolitik im Allgemeinen und für die Abrüstungspolitik im Besonderen beim Bundesrat; das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) ist das zuständige Departement. In Orientierung an diese Kompetenzordnung erachtet es der Stadtrat nicht als angezeigt, einer internationalen Organisation beizutreten, die im Bereich der Friedensförderung und militärischen Abrüstung tätig ist. Der Stadtrat beabsichtigt daher nicht, den «Mayors for Peace» beizutreten.

Die Stadtpräsidentin:
Maria Pappa

Der Stadtschreiber:
Manfred Linke

Beilage:
▪ Interpellation vom 12. September 2023